Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1917

246 (20.10.1917)

Visual Library

No. 246. Karlsruhe, Samstag den 20. Oktober 1917. 37. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 90 ₰, ¼jährl. 2,70 ℳ. Zugestellt durch unsere Träger 1 ℳ, bezw. 3 ℳ; durch die Post 1,04 ℳ bezw. 3,12 ℳ; durch d. Feldpost 1,05 ℳ bezw. 3,05 ℳ, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. **Geschäftszeit:** ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. **Fernspr.:** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — **Druck u. Verlag:** Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratie.

Würzburg, 18. Oktober.

Scheidemanns Referat in der heutigen Parteitagssitzung war die glänzendste rednerische Leistung, welche dieser bedeutende Politiker je vollbracht hat. Mit unübertrefflicher Knapphe't und Wirkungskraft zeichnete er das Bild unserer Zukunftsaufgaben auf allen Gebieten.

Der Sozialismus ist durch den Weltkrieg aus der Periode der Kritik und Agitation herausgewachsen und in das Stadium der Verw'rklichung getreten. Wir alle müssen sozialistische Praktiker werden. Jeden Tag kann an uns die Aufforderung herantreten, den Sozialismus in die Wirklichke't zu überführen, und diese Aufgabe ist ungeheuer viel schwerer geworden als zuvor, nachdem der Krieg unseren Reichtum gewaltig vermindert hat.

Aber diese Aufforderung wird an uns herantreten. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist nur möglich, wenn er erfüllt ist vom Geiste planmäß'ger sozialistischer Arbeit. Weder in die Wirtschafts- noch in die Finanzfragen läßt sich Ordnung hineinbringen, ohne daß die Durchstaatl'chung der Wirtschaft mächtig beschleunigt und in großem Umfange verwirklicht wird.

Die soz'alistische Wirtschaftsweise macht aber die Demokratie unentbehrlich. Sie legt tatsächlich dem einzelnen einen schweren Zwang auf, der unerträglich wäre, wenn nicht jeder gleichberechtigt am Erlaß der Zwangsvorschriften m'twirken dürfte.

Also wird Deutschland nach dem Kriege demokratisch und sozialistisch sein oder es wird nicht se'n. Wenn die Waffen schweigen, soll es unser Ehrgeiz sein, im neuen Kampf mit England zu ringen um d'e Führung der Welt im politischen und sozialistischen Fortschritt. In diesem Sinne bekannte sich Scheidemann nicht nur als Sozialpatriot, sondern sogar als Sozialchauv'nist, der dringend wünschte, daß Deutschland damit allen Völkern der Welt vorangehe.

Und in der Debatte setzte Peus hinzu, wenn nicht unsere Gegner das Wort Regierungssozialist zu unserer Besch'mpfung erfunden hätten, dann müßten wir es ersinnen, um damit stolz zu bekunden, daß wir entschlossen sind, in Zukunft mitzuregieren, daß wir nicht länger draußen stehen und lärmen sollen, sondern selbst m't Hand anlegen und schaffend erfüllen, was das Ideal des Sozialismus ist: die Erhebung der Menschheit auf eine neue höhere Kulturstufe, in der für jedermann Nahrung, Kleidung und Wohnung gesichert sind und nicht mehr Not und Hunger Hunderttausende ausschließen vom Kulturleben ihrer Nat'on. In diesem großartigen Bekenntnis zum sozialistischen Wirklichkeitsschaffen liegt das Neue, Zukunftwe'sende dieses Parteitages.

Eine Opposition gegen diesen neuen Geist der Partei, der sich auch in der Schaffung eines Aktionsprogramms und späterhin in e'ner gründlichen Programmrevision kund tun wird, wurde nicht laut. Die Minderheit beteiligte sich an der Debatte nicht, augenscheinl'ch, weil sie durchaus zustimmte; nur einzelne Bedenken dahin wurden in der Aussprache laut, ob es wirklich so rasch und verhältnismäßig leicht gehen werde, wie es nach der Notwend'gkeit der Dinge gehen müßte. Die großen Widerstände wurden bloßgelegt, die noch zu überwinden sind, und der Ruf zu entschlossenem Kampf gegen sie erlassen. Mit aller Klarheit wurde herausgearbeitet, wie sehr das preußische Wahlrecht 'm Mittelpunkte der ganzen demokrat'schen Entwicklung steht und wie alles weitere davon abhängt, daß zunächst in Preußen das gleiche Recht erkämpft wird.

Zur Verschleppung der Wahlreform haben sich in Preußen alle Reaktionäre verbunden. Zentrum und Regierung leisten heimlich Helfersdienste. Die Vorlage soll erst M'tte November kommen. Dann sind Vorbesprechungen bis zum Dezember geplant, und das Vierteljahr von Januar bis März muß natürlich der Etatberatung vorbehalten bleiben. Sollte d'e Regierung Michaelis, die ja wirklich keinen Kredit mehr zu verlieren hat, auch dies'es Schelmenstück noch mitmachen wollen, so wird sie unmittelbar die größte Gefahr für Deutschlands Existenz. Landsbergs Schlußwort war eine letzte Mahnung an sie. Wir brauchen das gleiche Wahlrecht, brauchen es sofort überall und ganz, um freie Bahn zu haben für den schaffenden neuen Geist des sozialistischen Neuaufbaues der deutschen Wirtschaft!

Erfolgreiche Operationen im Moonsund. — Die russische Flotte auf dem Rückzug. — Dünkirchen beschossen.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 19. Okt. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die artilleristische Kampftätigkeit in Flandern erreichte gestern wieder an der Küste zwischen Yser und Lys große Stärke. Besonders heftig war das Feuer am Houthoulster-Walde, bei Passchendaele und zwischen Gheluvelt und Zandvoorde.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Nach regnerischem Morgen schwoll von gestern Mittag ab die Artillerieschlacht nordöstlich von Soissons wieder zu voller Höhe an und tobt seitdem bei gewaltigem Munitionseinsatz fast ununterbrochen. Morgens drangen bei Vauraillon, abends an der ganzen Front bis Braye nach Trommelfeuer starke französische Abteilungen zu Erkundungsstößen vor; in örtlichen Kämpfen wurde der Feind überall zurückgeworfen. Die Nachbarabschnitte und das Rückengelände der Kampffront lagen unter sehr starkem Störungsfeuer, das von uns kräftig erwidert wurde.

Im Ostteil des Chemin-des-Dames griffen die Franzosen **dreimal** unsere Stellungen nördlich der Mühle von Vauclere an; sie wurden **blutig abgewiesen.**

*

Bei den anderen Armeen schränkte Regen und Nebel die Gefechtstätigkeit ein.

Unsere Gegner verloren gestern **12 Flugzeuge,** darunter 6 aus einem Geschwader, das auf Roulers und Ingelmunster mit beträchtlichem Häuserschaden Bomben abgeworfen hatte.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Unter Befehl des Generalleutnants von Estorff erkämpften unsere Truppen in Booten und auf dem Steindamm durch den kleinen Sund übergehend, das Westufer der Insel Moon.

Im schnellen Vordringen wurden die Russen, wo sie Widerstand leisteten, überrannt; bis zum Mittag war die ganze Insel in unserem Besitz. Von Norden und Süden eingreifende Landungsabteilungen der Marine und die Geschütze unserer Schiffe trugen zu dem schnellen Erfolge wesentlich bei. Zwei russische Infanterieregimenter in Stärke von 5000 Mann wurden gefangen; die Beute ist beträchtlich. Auf Oesel und Moon sind ein Divisions- und drei Brigadestäbe in unsere Hand gefallen.

Unsere Seestreitkräfte hatten in den Gewässern um Moon mehrfach Gefechte mit feindlichen Kriegsschiffen. Das russische Linienschiff „Slava" (13 500 Tonnen) wurde in Brand geschossen und ist dann zwischen Moon und der Nachbarinsel Schildau gesunken.

Land- und Marineflieger hielten die Führung über den Verbleib der feindlichen Kräfte gut unterrichtet; mit Bombenabwurf und Maschinengewehrfeuer griffen sie auf Land und See den Feind oftmals m't erkannter Wirkung an.

*

An der russisch-rumän'schen Landfront und auf dem

Mazedonischen Kriegsschauplatz

keine besonderen Ereignisse.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

WTB. Berlin, 19. Okt. (Amtlich.) Nach Niederkämpfung der Batterien auf Werder und Moon am 18. Oktober durch die Linienschiffe und Kreuzer der Flotte wurde in weiterem zielbewußtem Zusammenarbeiten mit dem Heere die Insel Moon genommen. Teile unserer leichten Seestreitkräfte unterstützten dabei den Uebergang über den Kleinen Sund im Norden. Bei den Kämpfen im Moonsund hat eines unserer Linienschiffe das russische Linienschiff „Slava" durch Treffer in der Wasserlinie so schwer beschädigt, daß es auf flachem Wasser nordwestlich der Insel Schildau auf Grund gesetzt wurde. Gleichzeitig wurde ein russischer Torpedobootszerstörer vernichtet. Der Rest der feindlichen Flotte befindet sich auf weiterem Rückzuge nach Norden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Russische Berichte über die Eroberung der Inselgruppe.

Petersburg, 18. Okt. (WTB. Nicht amtlich.) In dem Bericht des Admiralstabs der russischen Marine vom 17. Oktober heißt es: In Benutzung des klaren und ruhigen Wetters unternahm der Feind zahlreiche Luftaufklärungsflüge, besonders in der östlichen Gegend der Ostsee. Ein Zeppelin überfuhr den Moon-Sund. Der Gegner fährt fort, seinen Erfolg auf der Insel Oesel zu entwickeln. Nachrichten zufolge, die von Einwohnern überbracht wurden, die Oesel nach der Besetzung verlassen hatten, lief ein feindlicher Dreadnought auf eine unserer Minen. Nach der Explosion wurde der Dreadnought auf die Küste zugeführt. Sein Schicksal ist unbekannt.

Stockholm, 19. Okt. Der Kriegskorrespondent der „Wetschernaja Wremja" meldet aus Hapsal, daß die Deutschen bei der Landung auf Oesel die russische Armee durch eine Reihe neuer militärischer Erfindungen überraschten; sie bedienten sich neuer Bomben, die mit flüssigen Gasen gefüllt waren und bei deren Explosion Rauchwolken entstanden seien, die die angreifenden Deutschen verdeckten.

Daß in den leitenden Kreisen die Lage als äußerst ernst angesehen wird, beweist die auf vorigen Samstag zusammenberufene außerordentliche Regierungsversammlung im Hauptquartier, bei der der Kriegsminister einen eingehenden Bericht über die militärische Lage erstattete.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 19. Okt., abends. (WTB. Amtlich.)

Im südlichen Teil der flandrischen Front und südöstlich von Soissons trotz schlechten Wetters starker Feuerkampf.

Vom Osten bisher nichts Neues.

Deutscher Torpedobootsangriff auf Dünkirchen.

Berlin, 19. Okt. (WTB. Amtlich.) Teile unserer Torpedostreitkräfte haben in der Nacht vom 18. zum 19. Oktober Dünkirchen angegriffen und 250 Brenngranaten auf nahe Entfernung gegen die Hafenanlagen und Festung gefeuert.

Das Feuer wurde von den Landbatterien und den auf der Reede liegenden feindlichen Streitkräften, die von uns ebenfalls mit sichbaren Erfolgen bekämpft wurden, erwidert. Ein englischer Monitor wurde durch 3 Torpedotreffer und zahlreiche Artillerietreffer schwer beschädigt. Die eigenen Boote sind vollzählig und unbeschädigt eingelaufen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 19. Okt. (WTB. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: Wien, 19. Oktober, mittags:

Oestlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Bei den österreichisch-ungarischen Streitkräften nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz:

An der Tiroler und Kärtner Front kam es vorgestern und gestern an zahlreichen Stellen zu örtlichen Kämpfen. Unsere Truppen brachten 300 Gefangene mit Kriegsgerät ein.

Am Isonzo gewöhnliche Artillerietätigkeit.

Der Chef des Generalstabs.

Große Fliegerangriffe auf deutsche Städte.

In London soll kürzlich eine fachmännische Militärkonferenz, die von englischen, französischen und amerikanischen Fliegern besucht war, beschlossen haben, die deutschen Städte zur Vergeltung für die deutschen Luftangriffe auf London von der Luft aus zu bombardieren. Die von Amerika zu liefernden Flugzeuge sollten dabei die Hauptrolle spielen. Der Beginn des planmäßigen Zerstörungswerkes soll auf den Monat Januar festgesetzt sein. Die deutschen Städte sollen jedesmal gleichzeitig von mindestens **1000** Fliegern (!) heimgesucht werden, von denen jeder mindestens 1000 Kilogramm Dynamit und Sprengstoffe anderer Art auf die unglücklichen Bewohner der deutschen Städte herabschleudern soll. Zwischen befestigten und offenen Städten soll kein Unterschied gemacht werden, weil es sich um einen wahren Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk handle.

So phantastisch diese durch die ganze deutsche Presse gehende Mitteilung klingen mag, so darf man sie doch nicht ohne weiteres in das Reich der Fabel verweisen. Selbst der durchaus zuverlässige und stets gut orientierte schweizerische Militärkritiker Oberst Egli hat dieser Tage einem Zeitungsvertreter gegenüber die Frage, ob er glaube, daß die Tel-

nahme starker amerikanischer Armeen auf dem europäischen Schlachtfelde eine Entscheidung herbeiführen werde, verneint, aber hinzugefügt: „Amerika beabsichtigt in erster Linie der Entente mit Fliegern zu Hilfe zu kommen. Solche amerikanischen Geschwader werden zurzeit in Südfrankreich ausgebildet. Ob es gerade 10 000 sind, wie die Entente in die Presse lanciert hat, möchte ich doch sehr bezweifeln."

Oberst Egl. hält die amerikanischen Flugzeuge aber für minderwertig und die deutsche Flugtechnik der feindlichen weit überlegen. Sicherlich sind deutscherseits gegen die geplanten Fliegerangriffe genügend Abwehrmaßnahmen getroffen, so daß die Bevölkerung keinen Grund zur Beunruhigung hat.

Gegen die Fliegerangriffe auf offene Städte.

Rotterdam, 19. Okt. „Morning Post" bekämpft die von der Regierung angekündigten Vergeltungsmaßnahmen mit Flugzeugen gegen deutsche Städte, die nur eine Wiedervergeltung von feindlicher Seite hervorrufen und keinem wirklichen Kriegszweck dienen würde.

Die Friedensfrage im englischen Unterhaus.

London, 18. Okt. (WTB. Nicht amtlich.) Im Unterhaus erklärte Lord Cecil auf eine Anfrage, daß die deutliche und kraftvolle Antwort Wilsons auf die Note des Papstes nicht das Ergebnis einer Verständigung mit den Alliierten gewesen sei.

Das Unterhausmitglied Trevelyan fragte, ob die englische Regierung Wilsons Antwort als ihre eigene Antwort auf die Note des Papstes amtlich anerkannt habe.

Cecil antwortete verneinend.

Weiter fragte Trevelyan: Beabsichtigt die Regierung eine Antwort zu geben?

Cecil ersuchte um schriftliche Einreichung der Frage.

Cecil erklärte, eine Zusammenkunft der Alliierten zur Festlegung ihrer Kriegsziele werde gemäß dem Wunsche der russischen Regierung abgehalten werden. Eine weitere Aeußerung darüber sei gegenwärtig weder möglich noch erwünscht. Weiter erklärte Cecil, keine vom Vatikan ausgehenden Friedensverhandlungen hätten stattgefunden und er nehme mit Freuden die Gelegenheit wahr, alle in Umlauf gewesenen Gerüchte, in denen von Friedensverhandlungen die Rede gewesen sei, als unbegründet zu erklären.

Pogrom in London.

Berlin, 18. Okt. (WTB. Nicht amtlich.) Wie jüdische und englische Zeitungen berichten, haben am 24. und 25. September in London-Eastend, unmittelbar vor dem jüdischen Versöhnungsfest, pogromartige Ausschreitungen gegen die Juden stattgefunden. Viele Juden, meist russischer Herkunft, und selbst jüdische Soldaten wurden vom Pöbel, dem sich auch englische Soldaten angeschlossen haben, mißhandelt. Die Fensterscheiben vieler jüdischer Häuser wurden eingeschlagen und die jüdischen Passanten beschimpft und verprügelt. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, schlimmere Ausschreitungen und Plünderungen zu verhüten. Bekanntlich hatten vor einigen Monaten auch in Leds pogromartige antisemitische Ausschreitungen stattgefunden. Die Schuld daran trägt die systematische Hetze gegen die russischen Juden in England, die reaktionären englischen Zeitungen, vor allem die Nothcliffe-Presse in der letzten Zeit betreiben. Dieselben Zeitungen suchten auch jetzt die Ausschreitungen in London zu rechtfertigen, indem sie behaupten, die Juden hätten die englischen Soldaten beschimpft und sogar auf sie geschossen, was aber die jüdischen Zeitungen in England als eine glatte Lüge bezeichnen. Charakteristisch ist, daß bis jetzt nur ein einziger Teilnehmer an dem Pogrom zur Bestrafung gezogen wurde und zwar ist dies ein 16jähriger Junge, der zu einer Geldstrafe von 40 Schillingen verurteilt wurde.

Stockholm.

Berlin, 19. Okt. (Privatmeldung.) „Nationaltidende" erfährt aus Stockholm laut einer Kopenhagener Meldung der „Vossischen Zeitung": Die sozialdemokratische Friedenskonferenz in Stockholm hat ihre Tätigkeit eingestellt. Das in Vorbereitung befindliche Manifest wird in einigen Tagen versandt werden.

Zur Lage in Rußland.

WTB. Petersburg, 19. Okt. (Nicht amtlich.) Petersb. Telegr.-Ag. Die „Nowoje Wremja" meldet: Am 10. Oktober begann die Räumung Revals aus Anlaß der durch die deutsche Landung auf Oesel für die Stadt geschaffenen bedrohten Lage. Der größte Teil der Einwohner verläßt die Stadt und begiebt sich nach den inneren Provinzen Rußlands.

WTB. Petersburg, 19. Okt. (Nicht amtlich.) Die Petersb. Telegr.-Ag. meldet aus Kutais (Kaukasus): Schwere Unruhen ereigneten sich hier, bei denen vielfach der Pöbel die Viertel in der Mitte der Stadt plünderte. Es wurde der Kriegszustand verhängt.

WTB. Petersburg, 19. Okt. (Nicht amtlich.) Petersb. Telegr.-Ag. Der Hauptausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates nahm eine Entschließung an, die betont, daß die „Epidemie der Unordnung und der Unruhe", die in letzter Zeit fast das ganze Land ergriffen hätten, den Staat unmittelbar zur Anarchie und Auflösung zu treiben drohe. Die Entschließung erklärt weiter, daß die revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten, die die drohende Gefahr solcher Progrome für die Sache der Freiheit einsähen, alle Anstrengungen darauf richten müßten, sie zu bekämpfen. Der Beschluß fordert die Arbeiter- und Soldatenräte der einzelnen Bezirke auf, ohne Gnade selbst unter Zuhilfenahme von Soldaten alle Versuche, Unruhen zu stiften, zu unterdrücken und empfiehlt dazu, besondere Ausschüsse zu bilden.

WTB. Petersburg, 19. Okt. (Nicht amtlich.) Petersb. Telegr.-Ag. Ein Ukas der vorläufigen Regierung ernennt den revolutionären Sozialisten Maskow, Vizepräsident des großen landwirtschaftlichen Ausschusses, zum Ackerbauminister. Dieses war der einzige Posten, der in der neu ernannten Regierung noch unbesetzt war.

WTB. Bern, 19. Okt. (Nicht amtlich.) Der „Temps" meldet aus Odessa: Hier wurde eine Gruppe von Offizieren verhaftet, an deren Spitze Leutnant Gussaroff stand. Sie wollten sich des Generalstabs des Militärbezirks, sowie des Telegraphen bemächtigen.

Die kleine Stadt zittert.

Westfront, Oktober 1917.

Vorm vierten Kriegswinter. Ein nasser Sturm fegt über die Place Ducale. Das Brunnenbecken am Fuße des Gonzaga-Denkmals ist gefüllt mit schmutzigem Laub. Ein Wachtposten drückt sich tief in die Arkaden. Ein Kind mit einem wollenen Umschlagetuch um die Schulter huscht über den verlassenen Platz. Kein Gesicht an den Fensterscheiben. Die kleine Maasstadt geht nicht fröhlich in den Winter. Wie ruhig sind die Leute geworden — oder auch wie stumpf. Vor einem Jahre horchten sie noch auf, wenn der Kanonendonner aus der Champagne stärker herüberschwoll. Sie hofften und debattierten. Heute lesen sie kaum noch den Heeresbericht. Sie sind müde geworden und fragen nicht nach Ypern, sondern nach Steinkohlen, nicht nach Verdun, sondern nach Petroleum. Wie sollte die kleine Maasstadt nicht leiden, wenn die ganze Welt Mangel hat.

Die Stadt ist immer ärmer geworden. Die Läden stehen halb leer und überflüssig an der Straße. Viele haben geschlossen. Die unglaublichsten Dinge liegen nebeneinander in der Auslage. Aepfel und Karakulfelle, alte Photographien und frischer Landkäse. Die Privaten verkaufen ihr Eigentum — zuerst den Wein, dann Möbelstücke, endlich Kleider. In der Rue Foret kannst du das Brautkleid von Lucy Vinot kaufen — für 100 Franken — nur einmal getragen. Lucy Vinot hatte kurz vorm Kriege den Drogisten der Stadt geheiratet und sie wollte hoch hinaus. Jetzt arbeitet sie in der Marmeladenfabrik und ihr Mann ist Gefangener in Holzminden.

Nun sind die warmen und langen Tage vorbei, an denen man bis spät in den Abend auf der Schwelle der Haustür sitzen und plaudern konnte. Nun kommt der Winter. Eines Morgens wird Schnee auf den Ardennehöhen liegen. Nun kommen die langen Nächte bei so wenig Kohlen — nein, die kleine Maasstadt hat keinen Grund, fröhlich in diesen Winter zu sehen.

Es wird viel gearbeitet in der kleinen Stadt. Alles arbeitet. Die Männer in den Fabriken, an der Eisenbahn — auf den Wegen — bei der städtischen Verwaltung. Die Frauen ackern — sie reinigen die Büros — sie waschen für die Soldaten. Aber in letzter Zeit haben sie keine Seife mehr. Viele Frauen arbeiten, die früher nur spazieren gingen. Sie würden gern mehr arbeiten, wenn sie mehr zu essen bekämen. Aber die Rationen des Komitees sind knapp — und immer müssen die Bewohner der kleinen Stadt sich fragen, werden die Rationen nächstens ganz aufhören? Alles ist den Leuten gleichgültig geworden. Da sind die 10 kriegsgefangenen Neger, die in der Straße arbeiten müssen. Was für ein Halloh war es, als sie im Sommer von der Aisne hier ankamen. Immer hatten sie einen Schwarm von Frauen und Kindern hinter sich her. Und wenn sie sich vielleicht auch im Innern ihrer schämten, so freuten sich doch alle Einwohner der kleinen Stadt über den französischen Stahlhelm, den der eine von ihnen trug und über die Flamme, unter der die beiden Buchstaben leuchteten: R. F. Aber auch das hat aufgehört. Die Neger sammeln auf den Straßen fröstelnd die vom Sturm herabgeschlagenen Kastanien auf. Kein Kind — keine Frau kümmert sich mehr um sie. Es wird immer trauriger in der kleinen Maasstadt.

Nur die Truppentransportzüge rattern noch über die Brücke — genau wie im Herbst des ersten Kriegsjahres. Und das Soldatenkino ist jeden Abend voll. Und in der Rue Molin hat die Etappe ein Kaffee eröffnet. Aber was geht das alles die kleine Maasstadt an? Bald wird das letzte Ahornblatt über den Boulevard d'Orleans jagen. Und von den Ardennen wird der kalte Nordwind in die Ebene herabstürzen. Zitternd — ohne Unruhe, aber auch ohne Hoffnung — erwartet die kleine Maasstadt den vierten Kriegswinter.

(Kb.) Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Gewerkschaftliches.

Für das dauernde Nachtbackverbot. Der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen hat gemeinsam mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Bäckerarbeiter-Organisationen dem Bundesrat und Reichsamt des Innern in einer Eingabe „den einmütigen Wunsch aller Berufsangehörigen der deutschen Bäckerei und Konditorei — sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer, das schon lange in Aussicht gestellte dauernde Nachtbackverbot bereits jetzt zu erlassen" unterbreitet. Begründet wird der Wunsch durch die Tatsache, daß auch die anfänglichen Gegner des Nachtbackverbots in den Unternehmerkreisen durch die Erfahrungen des Krieges zur Erkenntnis kamen, daß der Backprozeß durch die Tagesarbeit in hygienischer Beziehung nur gewinnt.

Es wird ferner in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Beantwortung dieser Schicksalsfrage für die Bäcker nicht mehr weiter hinausgeschoben werden kann, da die Großbetriebe für ihre Pläne des Weiterbaues nach dem Kriege sich in ihren Berechnungen darauf einzustellen haben und auch die kleinen Betriebe und die Arbeiter wissen müssen, woran sie sind. Die Eingabe erwähnt noch einmal das Abstimmungsergebnis der Umfrage, die natürlich nur so weit umfassend sein konnte, als den Verbänden Feldadressen zur Verfügung standen. Es beteiligten sich 11 150 Gesellen und 3826 Meister, zusammen 14 976 feldgraue Berufsangehörige; von allen diesen stimmten nur 88 gegen die gesetzliche Beseitigung der Nachtarbeit, 167 wollten den Erlaß einer Verordnung bis zum Kriegsende aufgeschoben wissen.

Soziale Rundschau.

Die Anmeldung der Ansprüche aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Auf Grund des § 1616 der Reichsversicherungsordnung wurde bestimmt: Kriegsteilnehmer können ihre Ansprüche an die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung auch bei den Militärbehörden mit der Wirkung der §§ 1256, 1263 der Reichsversicherungsordnung anmelden. Für die Zuständigkeit der Militärbehörden gelten die §§ 1637 bis 1639 der R.-V.-O. entsprechend. Die Militärbehörden geben die Anträge unverzüglich an das zuständige Versicherungsamt weiter.

Aus der Partei.

Der Fall Adolf Geck-Offenburg.

Aus dem Bericht des Genossen Brühne über die Tätigkeit der Kontrollkommission tragen wir aus dem stenographischen Bericht das folgende nach:

Aus der Kontrollkommission sind, wie Sie wissen, im Laufe der Zeit ausgeschieden: Bock, Geyer, die Genossin Zetkin und zuletzt Adolf Geck-Offenburg. Unter welchen Umständen Adolf Geck ausgeschieden ist, das finden Sie ja im Bericht. Geck hat bei dieser ganzen Angelegenheit eine Doppelrolle gespielt, wie man sie selten bis jetzt in der Partei von jemand erlebt hat (Sehr richtig!); er war am Vormittag des 8. Mai d. J. noch in der gemeinsamen Sitzung zwischen Parteivorstand und Kontrollkommission, wir haben ihn dort gefragt: „Gehörst Du noch zur alten Sozialdemokratischen Partei?" Er erklärte, er zahle seine Beiträge weiter in die alte Organisation. Wir gaben uns damit zufrieden. Was sich dann abends abgespielt hat, ist Ihnen bekannt. Dazu kommt etwas, was nicht im Bericht steht. Am 9. Mai morgens kam der „Unabhängige" Dittmann im Beisein von Hasenzahl zu mir und sagte zu mir: was Geck erklärt hat, stimme nicht. Wir, von der Unabhängigen Sozialdemokratie, haben bei Geck erst angefragt vor der Gothaer Tagung, ob er im Falle seiner Wahl in die Kontrollkommission der „Unabhängigen" eintreten würde. (Hört, hört!) Uns von der alten Partei hat Geck nichts davon gesagt, er hat an unserer Sitzung teilgenommen und darüber Bericht erstattet. Offenburg gehört ja zu den Orten, die aus der Partei ausgeschieden sind. Hätte Geck eine erfolgreiche Arbeit leisten wollen, dann hätte er in Offenburg und in Baden überhaupt Gelegenheit dazu gehabt (Sehr richtig!), denn die Offenburger Organisationsverhältnisse sind bis jetzt die denkbar schlechtesten gewesen.

(Inzwischen ist unsere Offenburger Organisation bekanntlich wiederhergestellt, es ist dort eine neue Vereinsleitung gebildet worden, und die Organisationen des Kreises außerhalb der Stadt haben sämtlich zur alten Partei gehalten. Red.)

Fahrpreiserhöhung auf den Eisenbahnen.

* Vorgestern ist der erhöhte Fahrpreis auf den Strecken der deutschen Eisenbahnen in Kraft getreten. Es müssen bekanntlich bis auf weiteres bei Benutzung von Schnellzügen Zuschläge bis zu 100 Prozent bezahlt werden. Wie das „Berl. Tagebl." berichtet, hat diese Erhöhung bisher einen merklichen Rückgang des Verkehrs in Berlin noch nicht gebracht. Die vorgestern von Berlin abgehenden Schnellzüge waren voll besetzt. Was wir voraussagten, ist also eingetroffen: Wer Geld hat, wird trotzdem fahren.

Man hat seinerzeit die Vergnügungsreisenden zwischen Berlin und München als Beispiel angeführt. Als ob sich von diesen Leuten einer durch die hohen Fahrpreise hindern ließe. Wer im Kriege auf leichte Weise viel Geld verdient hat, was fragt er danach, ob er für eine Vergnügungsreise 10 oder 20 M mehr ausgeben muß? Wen es trifft, sind die Leute, die geschäftlich zu fahren haben und, da sie keine Zeit verlieren wollen, Schnellzüge benützen müssen, sind die kleinen Leute, wenn sie in dringenden Fällen, schweren Erkrankungen und Todesfällen, weitere Reisen zu machen haben, der Angestellte, wenn er nach Monaten vielleicht auf kurzen Urlaub seine Familie wiedersehen möchte. Sie alle werden diese ungeheure Verkehrsverteuerung bitter und als ungerecht empfinden.

Ob es dem sozialen Frieden dient, wenn der Minderbemittelte von öffentlichen Verkehrseinrichtungen ausgeschlossen wird, die dem Begüterten nur wegen seiner Mittel offen stehen, möchten wir sehr bezweifeln. Gewiß ist es bedeutend einfacher, die Fahrpreise zu erhöhen, aber die Einfachheit eines Verfahrens ist abzulehnen, wenn dadurch in ungerechter Weise weite Volkskreise benachteiligt werden.

Wenn die Eisenbahnverwaltung den Zugverkehr einfach einschränken würde, könnte ein jeder aus der Uebertreibung der jetzt schon fast unmöglichen Ueberfüllung der Züge ohne weiteres sehen, daß die Eisenbahn dem Verkehr nicht mehr gewachsen ist. Eine Einschränkung des Verkehrs ist tatsächlich nicht mehr zu umgehen. Nur daß die Eisenbahn sich scheut, den direkten Weg zu gehen. Durch Einführung unglaublich hoher Zuschläge auf die Schnellzugsbenutzung will sie ihren Zweck erreichen. Nach wie vor kann „jeder fahren". Also, was will man mehr, wird sie mit schöner Geste erklären, alle Verkehrsansprüche werden erfüllt — wenn man nur Geld hat! Und wer keins hat, der muß sich halt was leihen, oder seinen Anzug versetzen, oder auch mal einige Tage hungern, dann kann er fahren. Darin liegt die Verurteilung dieses Systems. Es trifft jeden, oder vielmehr, es trifft nur die, die es nicht treffen sollte.

*

* **Vorläufig keine Sonntagszuschläge.** Wir können mitteilen, daß die von der Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen ins Auge gefaßten Aufschläge auf Personenzugfahrten an den Samstag-Nachmittagen und an den Sonntagen vorerst noch nicht erhoben werden. Die Nachricht, daß die Zuschläge schon am heutigen Samstag und morgigen Sonntag in Kraft treten, ist somit nicht zutreffend.

Baden.

WTB. **Karlsruhe**, 19. Okt. Bei der Badischen Bank Karlsruhe wurden auf die 7. Kriegsanleihe 19 Millionen Mark gezeichnet.

oc. **Oppenau**, 20. Okt. In Freudenstadt (Württemb.) wurden die bekannten Gastbetriebe des Wirts Karl Lutz (Zum Waldeck, zur Christophsau und Kurhaus Imperator) sowie der „Rappen" des Wirts Max Laufer wegen Unzuverlässigkeit der Betriebsinhaber auf die Dauer von drei Monaten geschlossen.

WTB. **Freiburg** i. Br., 18. Okt. Nach den vorläufigen Feststellungen wurden bei den sieben Zeichnungsstellen der Stadt Freiburg (Reichsbanknebenstelle, Banken und Sparkasse) insgesamt 44 Mill. Mark für die 7. Kriegsanleihe gezeichnet gegen 43 Mill. Mark bei der 6. und 38 Mill. Mark bei der 5. Kriegsanleihe. Das endgültige Ergebeis folgt später.

oc. **Freiburg**, 20. Okt. Hier ist eine allgemeine Lederschuhreparaturwerkstätte für die minderbemittelte Bevölkerung errichtet worden, die von der städt. Bekleidungsstelle überwacht wird.

Schopfheim, 19. Okt. (Privattelegramm.) Bezüglich der am 11. Oktober gefundenen Leichenteile des 17 Jahre alten Fabrikarbeiters Ernst Hug hat die Staatsanwaltschaft nunmehr festgestellt, daß derselbe am Abend des 5. Juni an dem Waldweg zwischen Hausen und Schopfheim bei Ehnerhausen wahrscheinlich erschossen worden ist. Hug hatte an jenem Abend nach Arbeitsschluß die Fabrik verlassen, kehrte aber nicht mehr nach Hause zurück.

Zur Ermittelung des oder der Täter wird eine Belohnung von 300 *M* ausgesetzt.

oc. **Mannheim**, 20. Okt. Auf dem Hauptbahnhof Ludwigshafen hat sich ein schwerer Unglücksfall ereignet. Beim Ueberschreiten der Geleise wurden zwei Eisenbahnarbeiter von einer Rangiermaschine erfaßt. Der Arbeiter L. Bernsott aus Mußbach wurde sofort getötet und der Arbeiter Jakob Wechsler aus Eppstein schwer verletzt. — Der bisherige Mannheimer Stadtrechtsrat Dr. Moericke hat seinen Dienst als Bürgermeisterstellvertreter in Speyer angetreten. Da die amtliche Nachricht von dem Heldentod des bisherigen Bürgermeisters Dr. Hertrich jetzt eingetroffen ist, wird demnächst die Bürgermeisterwahl stattfinden, bei der an der Wahl Dr. Moerickes nicht zu zweifeln ist.

Vergasung der Rebberge.

Der badische Oberförster Freiherr v. Schauenburg, zurzeit an der Front im Osten, hat bei dem Großherzoglich Badischen Ministerium des Innern einen Vorschlag eingereicht, der für den deutschen Weinbau von Bedeutung werden kann. Das Weinbauern-Elend beruht heute zum großen Teil auf den bisher fast unüberwindlichen Gefahren für den Rebstock durch Heuwurm, Oidium und Peronospora. Nun weist der genannte Oberförster nach seinen Erfahrungen im Kriegsgebiet einen neuen Weg: die Vergasung der Rebberge. Wie gegen feindliche Schützengräben soll aus Gasflaschen nach einem bestimmten Plan das komprimierte Gas gegen die Schädlinge in breiter Linie losgelassen werden. Selbstverständlich müssen diese Rebberge und ihre nähere Umgebung vorher sorgfältig abgesperrt und die Menschen entfernt werden. Die Desinfektoren tragen Gasmasken. Eine Beschädigung der Rebstöcke ist nach den bisherigen Erfahrungen zum Beispiel in jungen Waldungen nicht zu befürchten, besonders wenn man die rechte Zeit wählt: die Winterruhe. Die richtige Verdünnung der Gase, die Pilze und Heuwurm töten, aber die Blätter und Beeren leben lassen, muß erprobt werden. Eine möglichst gleichzeitige Vergasung aller Rebberge einer Gegend verhütet das Ueberfliegen der Pilzsporen und Insekten von alten Krankheitsherden auf die neu gereinigten Rebflächen. Ebenso wichtig kann die einfache Anwendung der Gase — hier aus Wasserdampfflaschen — als Abwehr gegen Winter- und Spätfrost werden. Der genossenschaftlich organisierte Weinbau wäre bei dem neuen Weg eine große Hilfe. Die Kosten des neuen arbeitsparenden Mittels sind sicher nicht niedrig. Dafür kann es auf Jahre nützen. Wenn der Rebbauer für einen mißglückten Durchschnittsherbst für den Hektar, schon in mittleren Qualitätslagen, 2000 bis 3000 *M* als Schaden buchen muß, würde sich der Kostenaufwand z. B. bei einem Tal mit 30 Hektar Rebland überaus lohnen.

Der Parteitag in Würzburg.

Vierter Verhandlungstag.

C. B. Würzburg, Donnerstag, 18. Okt.

(Schluß der Vormittags-Sitzung.)

Abg. Dr. **Gradnauer**: Wir täuschen uns nicht darüber, daß der Kriegseindruck und -Ideen die Demokratisierung und Parlamentarisierung nur durch sehr schweren Kampf durchzusetzen sein werden. Die konservativen Kräfte wollen durch einen „Siegesfrieden" den demokratischen Gedanken niederwerfen. Der Kampf um den Bundesrat und die Klassenparlamente der Einzelstaaten stehen im Vordergrund. Mit der Schaffung einer regierungsfähigen Reichstagsmehrheit hat es noch seine Schwierigkeiten, bei drei wichtigen Vorlagen ist sie nicht beisammengeblieben. Kommt die Parlamentarisierung, so verliert der Bundesrat die Souveränität; daher der Widerstand Süddeutschlands. Die Kernfrage ist das preußische Wahlrecht, da stehen uns die größten Schwierigkeiten bevor. Erziehungsarbeit haben wir am ganzen Volke zu leisten. Alles für das Volk, aber auch alles durch das Volk. (Beifall.)

Reese-Oldenburg: Durch unsere Erziehungsarbeit haben wir den Arbeitern Selbstbewußtsein beigebracht, aber daß es daran doch vielfach noch fehlt, das ermöglicht allein den reaktionären Geist der Verwaltung und den Druck auf Untergebene zugunsten der Vaterlandspartei.

Bromme-Lübeck: Auf einen Hieb wird die Parlamentarisierung nicht kommen. Der Reichstag muß mitwirken bei der Berufung des Kanzlers, die Krone müßte den neuen Mann der Mehrheit entnehmen. So dürfte ein Kanzler nicht mehr entlassen werden wie Bethmann-Hollweg. Der Bundesrat dürfte nicht mehr geheim sein und sollte mit einem Reichstagsausschuß zusammentreten und beschließen. Die Einbürgerung in den Bundesstaaten und die Aufnahme der Ausländer in die Reichszugehörigkeit, namentlich, wenn sie in Deutschland geboren sind, muß erleichtert werden.

Donath-Bremen schließt sich Blos in Bezug auf die Programmrevision an, doch sei es zur Einsetzung der Kommission jetzt mitten in der Umwälzung noch zu früh. Der Demokratisierung muß die Parlamentarisierung vorausgehen. Heilmanns Artikel in der „Glocke" gegen die Parlamentarisierung war eine unverantwortliche Taktlosigkeit, die unsere vorwärtsgehende Arbeit schädigt. Gerade die Bremischen Freisinnigen sind gegen das allgemeine Wahlrecht, weil das Bremer Parlament auch verwaltet und die Arbeiter dann zu viel Einfluß hätten. Unsere Freisinnigen agitieren unter Hormanns Führung für die „unpolitische" „Vaterlandspartei; die Reichstagsfraktion muß auf das allgemeine Wahlrecht in allen Bundesstaaten hinwirken.

Abg. **Heinrich Schulz** (Zentralbildungsausschuß): Eine Demokratie ist mit Aussicht auf Erfolg nur möglich, wenn die Menschen wissen, was sie wollen. Planmäßige Bildungsarbeit ist nach dem Kriege nötiger als zuvor, und sie wird in mannigfacher Beziehung beeinflußt durch die Kriegserfahrungen. Vorangehen muß ihr eine solide Jugendbewegung. Auch sie hat aus den Kriegserfahrungen sehr viel gelernt, vor allem, daß uns die Jugendbewegung vielmehr als früher eine Sache der Erziehung und nicht der Politik sein muß. Die Erziehung kann aber nicht erst mit dem 14. Jahre beginnen. Ohne Mütter im Hause keine häusliche Erziehung. Darum muß die Frauenarbeit nach dem Kriege von der Gesellschaft aus verringert werden; dieser erwachsen somit gewaltige Aufgaben der sozialen Fürsorge.

Landsberg (Schlußwort): Mein Referat ist von keiner Seite angefochten. Wir sind uns über die Frage der Demokratisierung sämtlich einig und darüber, daß davon nicht zu reden, sondern daß sie zu verwirklichen ist. Der Parteivorstand ist gewillt, die beantragte Kommission zur Ausarbeitung eines Aktionsprogramms einzusetzen. Ich glaube nicht, daß Sie die Genugtuung des Genossen Blos über die Abwesenheit von Männern teilen, die jahrzehntelang mit uns gekämpft haben. Das beweist der Beschluß, in dem Sie Ihre Sehnsucht nach der Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse Ausdruck gegeben haben. Das politisch befreite Volk wird in friedlichem Ringen die sozialistischen Ideale der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Verbrüderung der Völker verwirklichen. Im Kampf um die politische Befreiung werden wir die Hilfe keines Bundesgenossen verschmähen. Aber mit kleinen Zugeständnissen, die am Wesen des Obrigkeitsstaates nichts ändern, lassen wir uns nicht abfinden. (Sehr richtig!) Die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei bezweckt nichts anderes, als den Widerstand gegen die notwendigen Reformen zu organisieren. Man spricht vom deutschen Frieden, und man meint das preußische Dreiklassenwahlrecht. (Sehr richtig!) Fällt das preußische Dreiklassenhaus, so kann es in keinem deutschen Bundesstaat noch ein reaktionäres Wahlrecht geben, ist Preußen für die Demokratie erobert, so gibt es keinen Schlupfwinkel für die Reaktion in Deutschland mehr. Wir wollen den größtmöglichen Erfolg mit Einsetzung der geringsten Kraft erreichen, aber wir sind gewillt, alle Kraft aufzubieten, die nötig ist, um uns politisch zu befreien. Den Massen des deutschen Volkes rufen wir zu: Seid einig, denn Einigkeit wird Eure Kraft vervielfachen. und seid begeistert, denn Ihr braucht Begeisterung, um große Dinge vollbringen zu können! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Damit ist der Punkt Demokratisierung erledigt. Die Fortsetzung der Debatte beim Kapitel: Finanzfrage wird auf Freitag vormittag vertagt.

*

Fünfter Verhandlungstag.

C. B. Würzburg, Freitag, 19. Oktober.

Vormittagssitzung.

Den Vorsitz führt Auer. Eine große Anzahl weiterer Begrüßungsschreiben von allen Fronten sind eingetroffen.

Die Vorschlagslisten zur Wahl des Parteivorstandes werden eingefordert.

Hermann **Müller** (Parteivorstand): Aus dem Vorstand sind mehrere Mitglieder ausgeschieden. Der Vorstand hält gleichwohl eine Vermehrung seiner besoldeten Mitglieder nicht für erforderlich. Die Arbeitslast ist nicht gering; namentlich die Agitation und der Verkehr mit den Behörden stellen hohe Anforderungen. Aber mit Hilfskräften hoffen wir die Arbeit zu bewältigen. Unter den Schriftführern muß eine Genossin sein. Aber die Zahl der Schriftführer braucht gleichwohl nicht vergrößert zu werden, weil leider in diesem Jahre unser alter Albin Gerisch aus dem Vorstand ausscheidet — sein Gesundheitszustand erlaubt ihm trotz seines zähen Willens ein regelmäßiges Arbeiten im Vorstand nicht mehr. Dabei wollen wir der hohen Verdienste gedenken, die er sich in 27jähriger Tätigkeit im Vorstand erworben hat. Mit Bebel und Singer zusammen hat er die Partei so aufgebaut, wie sie vor dem Kriege dastand. Daß wir im Krieg nicht finanziell zusammengebrochen sind, ist in erster Reihe sein Verdienst. (Lebh. Beifall.) Uns war er stets ein treuer, lieber Kamerad, gleich hervorragend an Wissen, Gemüt und Charakter Möge er noch viele Jahre einer wiedergeeinten stolzen Partei erleben, die stets sein Ideal war. (Lebhafter, allgemeiner Beifall.)

Vorsitzender **Auer**: Ich stelle die einmütige und herzliche Zustimmung des Parteitags zu dieser Ehrung für Gerisch fest, (Erneuter Beifall.)

Heilmann-Berlin gibt eine Erklärung zu Protokoll, in der er die Angriffe Brückners und Donaths-Bremen gegen sich zurückweist.

Die Parteiverhandlungen werden bei der Debatte über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie, Kapitel Finanzfragen, fortgesetzt.

Abg. Dr. **Quessel**-Darmstadt: Nach dem Krieg ist seine finanzielle Liquidierung eine der gewaltigsten und schwierigsten Aufgaben. In etwa einem halben Jahre werden wir 120 Milliarden Kriegsschulden haben. Alsbald nach dem Kriege beginnt der Klassenkampf um die Verteilung der Lasten. Ohne tiefe Eingriffe in das kapitalistische Eigentum ist das Problem überhaupt unlösbar. Kapitalistische Finanztheoretiker haben das auch erkannt und bereits zwei Vorschläge ausgearbeitet: eine Vermögensabgabe von durchschnittlich 20 Prozent, die 40 Milliarden bringen würde, und eine Erweiterung des Erbrechtes des Reiches, die 10 Milliarden verzinsen und amortisieren könnte. Es blieben dann noch 6½ Milliarden mehr aufzubringen. Während unser Obrigkeitsstaat die Zinsen alter Anleihen durch neue Anleihen deckt, haben die Engländer mit ihrem parlamentarischen System während des Krieges durch Vermögenszuwachssteuern die Zinsen von 120 Milliarden Kriegsschulden aufgebracht. So könnten auch wir 4 Milliarden aufbringen und anderthalb Milliarden hat der Reichstag schon bewilligt. Bliebe noch eine Milliarde, die aus Monopolen herauszuwirtschaften wäre. In dieser Weise sollten wir einen Finanzplan ausarbeiten und recht tief in das Volk hineintragen, damit er seine Wirkung auf die nächsten Reichstagswahlen ausüben kann, die von der allergrößten Bedeutung für unsere Zukunft sein werden.

Engler-Freiburg i. B.: Keil hätte den Monopolen in seinem schriftlichen Gutachten mehr Beachtung schenken sollen. Produktionsmonopole werden nicht ohne großen Aufwand eingeführt werden können, aber den Handelsmonopolen als Uebergang zu Vollmonopolen sollten wir Aufmerksamkeit schenken, z. B. dem Kohlenmonopolen sollten wir Aufmerksamkeit schenken, z. B. dem Kohlenmehr einfach abzulehnen, sondern zu prüfen haben.

Loebe-Breslau: Mit dem alten Rüstzeug können wir den Kampf gegen die Gegner nicht mehr führen. Scheidemanns ungemein glücklicher Vortrag hat uns die richtigen Wege gewiesen. Schon arbeiten die Gegner mit den Schlagwörtern, Hungerfrieden und Verelendungsfrieden, um später die Verantwortung für die ungeheuren Kriegslasten uns aufzubürden. Da müssen wir rechtzeitig unser Finanzprogramm in die breiten Volksmassen tragen. Hat doch z. B. Breslau in drei Kriegsjahren um 160 Millionäre zugenommen (Hört, hört!), da könnte zur Ergänzung der Kriegsanleihen am Ende schon während des Krieges eine starke Vermögensabgabe in Frage kommen. Das würde vielleicht auch die Kriegslust der Kriegsgewinnler dämpfen. (Sehr gut!)

Das Schlußwort hat **Keil**: Wenn wir während des Krieges die demokratische Neuordnung durchsetzen, was ich für gewiß halte, so wird nach dem Kriege das Steuerproblem die beherrschende Frage werden. Verfassungs- und Steuerfrage sind eng miteinander verknüpft. Der Krieg kostet gegenwärtig schon monatlich 3½ Milliarden. Da läßt sich ein genaues Finanzprogramm heute noch nicht aufstellen, weil die Kriegskosten und das Kriegsende sich noch nicht absehen lassen. Reich und Volk sind arm geworden durch den Krieg und eine kleine Schicht ungeheuer reich. Dabei ist die Arbeitskraft des Volkes außerordentlich geschwächt. Da muß auch für die Finanzpolitik oberstes Gesetz die Schonung der menschlichen Arbeitskraft sein, dieser Urkraft unserer Volkswirtschaft (Sehr gut!) Luxuskonsum und Ueberverbrauch müssen bei dem neuen Steuersystem in erster Reihe getroffen werden, nicht aber die Kapitalbildung. Ein großer Teil der Privatmonopole muß Reichsmonopol werden, das Reich in jeder Form am Unternehmergewinn teilnehmen.

Das Kohlenmonopol ist durch die Kohlensteuer keineswegs erledigt, sondern muß weiter im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit bleiben. — Die kapitalistische Presse hat über die Steuervorschläge meines Gutachtens ein großes Geschrei angestimmt, als ob sie Deutschland zugrunde richten müßten. Deshalb müssen wir betonen, daß wir hier gar keine spezifisch sozialdemokratischen Vorschläge vorgebracht haben. Gothein, Prof. Jaffe und andere bürgerliche Finanzpolitiker haben Vermögensabgabe, erweitertes Reichserbrecht und Staatsmonopole in großem Umfange schon vor uns empfohlen. Vor Hungerfrieden und Verelendungsfrieden können wir uns bloß schützen, wenn wir den Kriegshetzern das Handwerk legen, ehe sie das deutsche Volk völlig zugrunde richten (Lebhafter Beifall.)

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Der Parteitag geht über zum Kapitel

Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Gentner-Pegnitz: Der Frage der Lebensmittelerzeugung ist in den Referaten keine genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Wenn wir die Landwirtschaft gehen lassen wie sie geht, wird die Frage der Lebensmittelversorgung nach dem Kriege sehr schwierig. Gegen hohe Lebensmittelpreise haben wir immer protestiert, aber die Preise sind dabei lustig weiter gestiegen. Das beweist, daß unsere bisherige Politik unzulänglich war, daß wir eine sozialistische Produktionspolitik in der Landwirtschaft treiben müssen. Dazu muß zunächst die Spekulation in Grund und Boden und seinen Erzeugnissen eingedämmt und die rationelle Arbeitsmethode durch die ganze Landwirtschaft verbreitet werden. Auch das Getreidemonopol muß erhalten werden, aber sozial ausgerichtet sein. Langfristige Lieferungsverträge der Gemeinden müssen die direkte Verbindung der Erzeuger und Verbraucher herstellen. Die Verteilung und Verarbeitung der Lebensmittel muß Sache der Gemeinden werden, die auch ihre eigene Produktion bedeutend ausdehnen müssen. Die volle berechtigte Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern wird auch im Interesse der Allgemeinheit die Landflucht wirksam bekämpfen. (Lebh. Beifall.)

Adolf **Braun**-Nürnberg: Infolge des Parteistreites wird einer so wichtigen Frage wie der Demobilisierung nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Die ungeheure Ausdehnung der Frauenarbeit und die Vermehrung der Säuglingssterblichkeit zeigen uns die ganze Gefahr der gegenwärtigen Kriegswirtschaft. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die sofortige Hilfe des Staates für die Arbeitsloswerdenden. Die Gewerkschaften werden, auch wenn der Staat diese Aufgaben übernimmt, noch eine geradezu erdrückende Fülle von Aufgaben haben, und im Kampf gegen die Macht des konzentrierten Kapitals lösen müssen. Deshalb ist es ein Verbrechen und eine außerordentliche Frivolität, jetzt die Gewerkschaften sprengen zu wollen, wie man die politische Partei gesprengt hat. (Lebh. allgem. Zustimmung.) Die politische Bewegung läßt sich viel leichter zusammenschließen als eine einmal zersprengte Gewerkschaft. **Jede Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung würde den Unternehmern die größte Freude bereiten.** (Sehr wahr!) Leider erscheint heute manchem der Kampf gegen den Genossen Legien viel wichtiger als der Kampf gegen Kirdorf. (Sehr wahr!) Demgegenüber haben wir zu sagen, daß wer an die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung auf wirtschaftlichem Gebiet rührt, das ungeheuerlichste aller denkbaren Verbrechen an der Arbeiterklasse begeht und das schlimmste Unglück über sie heraufbeschwört. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Krüger-Teltow-Beeskow begründet den Antrag auf Einberufung einer handels- und wirtschaftspolitischen Kommission. Wir sollten möglichst gemeinsam mit den Gewerkschaften ein Büro für das Studium der Wirtschafts- und Handelspolitik bilden und alle Sachverständigen zum Beirat hinzuziehen. Zu wenig Beachtung schenkt Wissells Referat den Privatbeamtenfragen. Die Privatangestellten sind durch die vom Hilfsdienstgesetz geschaffenen Ausschüsse außerordentlich radikalisiert worden. Es bietet sich uns unter ihnen ein außerordentlich dankbares Tätigkeitsfeld. (Sehr wahr!)

Frau **Nitze**-Hamburg: Sechs Millionen Arbeiterfrauen sind während des Krieges in die Industrie eingetreten und haben sich mit außerordentlicher Schnelligkeit ihren Aufgaben angepaßt. Aber darin liegt eine große soziale Gefahr. Die Frauen sind durch Arbeit und Haushalt doppelt belastet. Deshalb müssen wir so nach-

möglich wie möglich für die sozialpolitischen Frauenschutzforderungen eintreten und vor allem die Frauen selbst dafür zu gewinnen suchen. Dazu brauchen wir auch die Unterstützung der Männer in der Frauenagitation. — Die Rednerin lenkt dann die Aufmerksamkeit des Parteitages besonders auf die Notlage der Kriegerwitwen. (Lebhafter Beifall.)

Kaul-Offenbach: Monopole können sich auch aus sozialpolitischen Gründen empfehlen. Vielleicht könnte ein Staatsmonopol die weltberühmte Offenbacher Lederindustrie wieder in Schwung bringen. Für die Frauen ist in der Bewegung noch viel zu tun. Wir brauchen nach dem Krieg Sozialpolitik nach allen Seiten, vor allem aber für die Frauen und durch die Frauen. (Lebh. Beifall.)

Frau Juchacz-Berlin: Die praktische Mitarbeit der Frauen wird ganz besonders beansprucht werden auf dem Gebiet des gesetzlich zu sichernden Mutter- und Säuglingsschutzes. Unsere Frauen müßten bei der Verpflegung, Ernährung und Erziehung der Kinder starken Einfluß üben. Sie dazu heranzubilden, ist die Zukunftsaufgabe unserer Partei. Die Frauen zur praktischen Arbeit heranzuziehen, das ist unsere schwierige, aber höchst lohnende Arbeit. (Zustimmung.)

Winnig-Hamburg: Bei der Rückkehr in die Friedenswirtschaft werden wir eine gewaltige Ueberfüllung des Arbeitsmarktes bekommen, und dann werden die Kriegslöhne zusammenklappen. Demgegenüber ungewisse Beschäftigung — eine Katastrophe des Arbeitslohnes — aber hochbleibende Warenpreise. Gewaltige Erschütterungen werden unausbleiblich folgen. Der Bildung des realen Arbeitslohnes haben wir darum die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Gewerkschaften und Partei müssen eine staatliche Stützung und Reglementierung der Arbeitslöhne herbeiführen.

Frau Nyneck-Berlin: Das Mitbestimmungsrecht der Frauen in der Uebergangswirtschaft usw. können wir nur durch Unterstützung der Genossen in den Gemeinden und Stadtparlamenten erlangen.

Dr. Lensch: Wir müssen bei dieser Debatte immer bedenken, daß auch hier alles vom Kriegsausgang abhängt, so die Kolonialfrage. Schon in der Stockholmer Denkschrift ist die Rückgabe der deutschen Kolonien gefordert worden aus dem Grundsatz heraus: keinerlei Vergewaltigung! Cunows Referat geht weiter, und fordert ganz allgemein für die kapitalistisch-wirtschaftlichen Staaten Kolonien als wirtschaftliche Notwendigkeit und für Deutschland als Bedingung seiner Entwicklungsfreiheit. Würde Deutschland unterliegen und etwa seine Kolonien verlieren, so wäre da eine sehr wesentliche Gefahr für seine Entwicklungsfreiheit gegeben. Die Anglisierung der Welt wäre dann näher gerückt. Deutschland ist durch den Krieg in eine revolutionäre Befreierrolle hineingezwungen worden und zwar nicht gegen Rußland, sondern gegen England. Das müßte schärfer herausgearbeitet werden im Interesse der Partei sowie des Reiches.

Jäckel-Berlin: Was sollen uns die Kolonien in der Uebergangswirtschaft nützen? Ob und inwieweit wir sie später brauchen, darüber können wir uns später unterhalten. Bei nicht sofortiger Entlassung der Arbeiter müßten gerade die Arbeiter am meisten leiden, die schon bisher die größten Opfer infolge Stillegung der Industrie getragen haben, wie die Textilarbeiter. Der Staat, der so viele Milliarden für den Krieg hatte, muß auch die Arbeitslosen über Wasser halten. (Sehr richtig!)

*

Die Wahl der Parteivorsitzenden.

Würzburg, 19. Okt. Im Anschluß der heutigen Sitzung des sozialdemokratischen Parteitags wurden Scheidemann mit 312 und Ebert mit 311 Stimmen zu Vorsitzenden der Partei gewählt.

Gerichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Der Stationsassistent Heinrich Schmitz aus Münster war wegen des Eisenbahnunfalls zwischen Rüppurr und Ettlingen am Fronleichnamstage wegen **Gefährdung eines Eisenbahntransportes** vom Schöffengericht zu Ettlingen zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil erhob Schmitz Berufung zur Strafkammer, auch die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein, die jedoch verworfen wurde. Dagegen hatte die Berufung des Angeklagten den Erfolg, daß statt der Gefängnisstrafe auf eine Geldstrafe von 200 Mk. oder 20 Tage Gefängnis erkannt wurde. — Der Landwirt und Gemeinderat Friedrich Fuchs aus Eggenstein verkaufte eine Kalbin und das dazu gehörige Kalb zu einem Preis, der höher als der Höchstpreis war (Fuchs hatte 1600 Mk. genommen, während ihm nur 1300 Mk. zustanden), an einen Landwirt aus Knielingen. Das Karlsruher Schöffengericht hatte den Fuchs zu 50 Mk. Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil ergriff der Verurteilte Berufung, die aber verworfen wurde. — Die 18jährige Kellnerin Therese Mayer aus Schloßberg (Bayern) stahl in Durlach, wo sie in Stellung war, im „Darmstädter Hof" eine Kassette mit 4000 Mk. Inhalt. Sie brachte die Kassette auf eine Wiese in der Nähe des „Darmstädter Hofs" und deckte sie mit Brennesseln zu. Am nächsten Tage ging sie nach Karlsruhe und traf dort im Kaiserautomaten die ihr bekannte Kellnerin und Näherin Melanie Engver aus Karlsruhe, der sie ihre Unternehmung mitteilte. Die Engver regte an, nach Durlach zu gehen und dort die Beute zu holen. Sie taten dies und kamen zu Fuß nach Karlsruhe. In der Durlacherstraße gingen sie in ein Haus, erbrachen die Kassette und nahmen das Geld heraus. Dann kauften sie sich bei Tietz je einen Hut, ein Korsett und Strümpfe und erwarben sich in einem Konfektionshaus Kleidungsstücke im Werte von gegen 2000 Mk. Darauf fuhren beide nach Frankfurt a. M., machten dort weitere Einkäufe. Einen Bezugsschein, den sie notwendig hatten, kauften sie bei einem Kutscher für 10 Mk. In Frankfurt a. M. spielte die Mayer auch die Wohltäterin und verteilte Zigaretten und andere Gegenstände in einem Lazarett und hinterließ für dessen Insassen einen Geldbetrag von 20 Mk. Nun fuhren sie nach Berlin, wo sie sich als Schauspielerinnen ausgaben. Dort trennte sich die Engver von der Mayer und verschwand. Die Mayer fuhr nach Cuxhaven zu ihrem Bräutigam und hielt sich dort acht Tage lang auf. Während dieses Aufenthaltes ging ihr das Geld aus, sodaß der Bräutigam ihr 60 Mk. leihen mußte. Später reiste sie nach Frankfurt a. M. ab, wo sie auch verhaftet wurde. Die Engver konnte in Karlsruhe festgenommen werden. Heute verurteilte das Gericht die Mayer wegen Diebstahls unter Einrechnung einer früheren Strafe zu 1 Jahr 1 Woche Gefängnis, die Engver wegen Hehlerei zu 9 Monaten Gefängnis. Untersuchungshaft wurde den Verurteilten nicht angerechnet, da sie im Vorverfahren frech geleugnet hatten. — Der Hausdiener Franz Dunzinger war wegen Totschlagsversuchs und wegen Giftmordsversuchs, begangen an seiner Ehefrau, von dem Schwurgerichte zu 2½ Jahren Zuchthaus und die Kellnerin Enzinger wegen Beihilfe zum Giftmordsversuche ebenfalls zu einer schweren Strafe verurteilt worden. In dem Schwurgerichtsprozesse wurde erwähnt, daß bei dem Verteidiger des Dunzinger und bei der Enzinger je zwei Briefe eingelaufen sind, in denen Dunzinger als nicht schuldig bezeichnet und in denen der Versuch gemacht wurde, die Enzinger zu belasten. Die Briefe waren mit dem Namen Gottfried unterzeichnet und dieser „Gottfried" gab auch an, er und nicht Dunzinger habe den Mordversuch auf Frau Dunzinger unternommen und dabei auf Anstiften der Enzinger gehandelt. Diese „Gottfried"-Briefe waren von der Ehefrau des Dunzinger geschrieben und abgesandt worden. Die Strafkammer verurteilt die Ehefrau Dunzinger heute wegen schwerer Urkundenfälschung zu 7 Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Das Schöffengericht zu Karlsruhe hatte den Schweinehirt Wilhelm Pfattheicher aus Blankenloch wegen einfachen Diebstahls zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat als erwiesen angenommen, daß Pfattheicher zu Blankenloch einen Stallhase gestohlen und ihn dort durch seinen Sohn nach Hause bringen ließ. Gegen das Urteil hatte Pfattheicher Berufung eingelegt. Die Berufung hatte Erfolg und der Angeklagte wurde freigesprochen, da das Gericht annahm, daß Pfattheicher in dem Moment, in dem es den Hasen einfing, nicht gewußt haben mag, wem der Hase gehört.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 20. Okt.

* Der herabgesetzte Kartoffelpreis.

Wie berichtet, hat am 9. Oktober die sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion und das Gewerkschaftskartell an den Stadtrat eine Eingabe gerichtet, den Preis der von der Stadt bezogenen Kartoffeln von 8 Mark auf 6 Mark für den Zentner herabzusetzen. Die Tatsache, daß daraufhin der Kartoffelpreis inzwischen auf 7.20 Mk. herabgesetzt wurde, darf als ein Erfolg dieser Eingabe gebucht werden. In der Antwort des Stadtrats an die sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion heißt es:

„Eine weitere allgemeine Herabsetzung des Preises ist uns nicht möglich, da sonst noch ein weiterer erheblicher Verlust für die Stadtkasse entstehen würde und es nicht verantwortet werden kann, einem kleineren Teil der Einwohnerschaft und zudem durchaus nicht überwiegend dem minderbemittelten Teil, Zuschüsse aus städtischen Mitteln zu leisten, um ihnen einen billigeren Einkauf der Kartoffeln zu ermöglichen. Ueberdies wird sich, da die von der Stadt gelieferten Kartoffeln für den nunmehrigen Preis von 7.20 Mk. in den Keller der Haushaltungen verbracht werden, der Preis für die im Bezugsscheinverfahren bestellten Kartoffeln, bis diese im Keller der Haushaltungen liegen, kaum nennenswert billiger, vielfach wohl noch teurer, als die von der Stadt bezogenen.

Sollten aus Reichsmitteln noch weitergehende Zuschüsse geleistet werden, als sie bis jetzt zugesagt sind, was allerdings als unwahrscheinlich bezeichnet werden muß, so wird selbstverständlich eine entsprechende weitergehende Senkung des Kartoffelpreises eintreten.

Im übrigen haben wir angeordnet, daß solchen Haushaltungen, welchen die Bezahlung des Preises für den gesamten Wintervorrat in einer Summe schwer fällt und denen es nicht möglich ist, von einer Behörde oder vom Arbeitgeber Vorschuß zu erhalten, auf Antrag unter Schilderung ihrer Verhältnisse Ratenzahlungen bewilligt werden. Die Anträge werden, auch wenn die Antragsteller nicht in Kriegsfürsorge stehen, vom Kriegsunterstützungsamt, Rathaus, Zimmer Nr. 115, entgegengenommen."

Daß die durch Bezugsscheinverfahren bezogenen Kartoffeln ebenso teuer bezw. teurer werden, dürfte nur in vereinzelten Fällen zutreffen, im allgemeinen aber wohl nicht. Der Hauptfehler liegt eben darin, daß der vom Reich festgesetzte Erzeugerpreis von 6 Mk. an sich viel zu hoch ist, zumal bei der diesjährigen überaus reichen Kartoffelernte. Dagegen hätten die Städte **ganz energisch protestieren** sollen. Man hat aber davon nichts gehört. Die Städte lassen sich bei der Preispolitik des Reichsernährungsamtes scheren wie die Hämmel und das Volk muß es büßen.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Donnerstag abend fand in der „Gewerkschaftszentrale" eine Vertreterversammlung des Gewerkschaftskartells statt. Einleitend machte der Vorsitzende Kollege Hof verschiedene Mitteilungen. Der Vertreter der Kriegsfürsorge erhält Auftrag, auf Erhöhung der Unterstützungssätze der Kriegerfamilien hinzuarbeiten. Die Ansicht über die Frage der ungeteilten Arbeitszeit ist die, daß diese unter entsprechender Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden einheitlich durchgeführt werden könne. Die Löhne müssen entsprechende erhöht werden. Eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden würde nur gewaltige Schäden zeitigen. Unter allen Umständen müssen die Ueberstunden beseitigt werden. — Koll. Hof erörtert dan des weiteren die Satzungen des Bad. Baubundes, insbesondere die Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Die Arbeiterschaft muß diesen Fragen volles Interesse entgegenbringen. Das Kartell beschließt, dem Bad. Baubund als Mitglied beizutreten. — Zur Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die freien Gewerkschaften protestieren in der energischsten Weise gegen die Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise. Diese Erhöhung erschwert den minderbemittelten Kreisen, die am seltensten überflüssige Fahrten machen, das Reisen in ungeheurer Weise und macht es zum großen Teil unmöglich. In ihrer Wirkung wird die Fahrpreiserhöhung, die z. B. den Besuch kranker Angehöriger oder die Teilnahme an Beerdigungen naher Verwandtre usw. in vielen Fällen unmöglich macht, geradezu brutal sein. Sie ist ein weiteres Mittel, die Minderbemittelten von den noch bestehenden Kulturwohltaten auszuschließen.

Die freien Gewerkschaften erwarten, daß die Einschränkung des Verkehrs so erfolgt, daß alle Bevölkerungskreise in gleichem Maße zur Unterlassung nicht unbedingt notwendiger Reisen gezwungen sind. Wir erwarten insbesondere, daß die Fahrpreise für den Samstag und Sonntag nicht erhöht werden, weil die minderbemittelte Bevölkerung gezwungen ist, ihre Reisen fast ausschließlich an diesen beiden Tagen auszuführen. Wir erwarten ferner, daß im Schnell- und Eilzugsverkehr bei sehr langen Strecken, die nur mit Schnell- oder Eilzügen zurückgelegt werden können, eine Preiserhöhung nicht eintritt. Wir protestieren weiter gegen die Einführung der 4. Wagenklasse und erwarten, daß die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen durch die Beseitigung der 1. und 2. Wagenklasse gesteigert wird".

Die fortgesetzt weitere Lebensmittel-Preissteigerung gab weiter der Versammlung Veranlassung, dagegen Verwahrung einzulegen. Die notwendigsten Lebensmittel, wie Brot, Kartoffeln usw. können von der Arbeiterschaft kaum mehr beschafft werden. Die Regierung nimmt auf diese Verhältnisse anscheinend keine Rücksicht. Auf der einen Seite werden der Landwirtschaft Frühdruschprämien, das sind reine Liebesgaben, geradezu geschenkt, auf der anderen Seite findet eine weitere Schröpfung der städtischen Verbraucher statt. Wohl ist dem Eingreifen des Kartells zuzuschreiben, da die Stadtverwaltung die Kartoffelpreise etwas reduziert, die Preise sind aber noch gesalzen genug. Die Regiegrung muß angesichts dieser Preispolitik auch der Frage der Kampfkraft der Arbeiterschaft sowie derjenigen der unteren Beamten ihr Augenmerk endlich einmal widmen. — In der Diskussion wurde den Koll. Hof und Sauer Anerkennung für ihre Tätigkeit in Bezug der Kartoffelpreise ausgesprochen.

In der Frage der Erhöhung der Brotpreise wurde der warnenden Stimme der Arbeiterschaft ebenfalls kein Gehör geschenkt. Einmal muß diese Preispolitik ihre bösen Wirkungen zeitigen. Wer will bei diesen Lebensmittelpreisen seiner Familie die notwendigsten Bedarfsgegenstände, Kleider und Schuhe noch anschaffen? Auch die Obstversorgung liegt mehr wie im Argen. Die Bad. Obstversorgungsstelle hat Versprechungen abgegeben, die nicht erfüllt wurden, dagegen weitere Enttäuschungen brachten. Die Kartelleitung erhält Auftrag, diese Fragen weiter zu behandeln. — Schluß der Versammlung um 11 Uhr. S.

Jetzt ist wieder der Zucker an der Reihe. Aus Magdeburg, 17. d. M., wird geschrieben: „Der Bundesrat hat am 16. d. M. die Genehmigung zu den neuen Bestimmungen für den Verkehr mit Zucker der neuen Kampagne erteilt. Die Regierung hat dem Drängen der Zuckerindustrie wenigstens insoweit nachgegeben, als sie den Rohzuckerpreis von bisher 22 M auf 23 M für 50 Kilogramm Frachtbasis Magdeburg um erhöht hat. Die Erhöhung des Rohzuckerpreises schließt die Preiserhöhung für Verbrauchszucker in sich und demgemäß wird sich der Preis des letzteren um die ebenfalls bewilligte Marge von 5,80 M für 50 Kilogramm, also auf 28,80 M frachtfrei Magdeburg Basis Melis erhöhen, d. h. im Verkaufspreis der Raffinerien. Nach den bisherigen Auslassungen der amtlichen Stellen, denen allerdings vorläufig jegliche Klarheit über das voraussichtliche Endergebnis trotz aller Erhebungen fehlt, ist die Wahrscheinlichkeit besserer Rationierung vor der Hand recht unwahrscheinlich."

Was kommt jetzt?

Auch das Petroleum. Wie aus Berlin amtlich berichtet wird, beschloß der Bundesrat eine Erhöhung der Petroleumhöchstpreise. Der Großhandelspreis wird von 30 auf 35 M für 100 Kilogramm, der Kleinhandelspreis von 32 ₰ auf 36 ₰ für das Liter bezw. bei Lieferungen ins Haus des Käufers auf 40 ₰ für das Liter erhöht. Bei Lieferung aus Straßentankwagen beträgt der Höchstpreis 32 ₰ an Stelle des bisherigen Preises von 28 ₰ für das Liter. Die Erhöhung wird durch die wesentliche Steigerung der Einstandspreise und Unkosten, die dem Petroleumverkäufer nicht mehr die Möglichkeit eines angemessenen Gewinnes ließen, begründet. Die neuen Preise treten mit dem 20. Oktober in Kraft.

Was kommt jetzt?

* **Bund der Kriegsbeschädigten.** Dem Beispiel anderer Städte folgend, haben auch hier nach einem anregend verlaufenen Beisammensein am letzten Sonntag (Rest. Ziegler) Kriegsbeschädigte der verschiedensten Stände ihren Beitritt zu dem bereits seit Mai ds. Js. bestehenden „Bund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer" (Sitz Berlin) erklärt unter gleichzeitiger Gründung einer Ortsgruppe Karlsruhe. Zwei hiesige Kameraden machten kürzere Ausführungen, mit welchen sie das bereits vorhandene Interesse für eine Organisation noch mehr erweckten. Ein Heidelberger Kamerad erläuterte in sehr beifällig aufgenommenen schlichten, aber eindringlichen Worten das Statut (zugleich Programm) des Bundes und berichtete unter spannender Aufmerksamkeit der Anwesenden über die Arbeiten des allzeit rührigen Bundesvorstandes. — Die Hauptziele des Bundes sind: Sofortige Umgestaltung des Mannschafts-Versorgungsgesetzes nach Art der Unfall- und Invalidenversicherung; alsbaldige Heraufsetzung der Versorgungsgebührnisse insbesondere der Renten für gänzlich Erwerbsunfähige; sofortiges gesetzliches Verbot der Anrechnung der Renten auf die Gehälter und Löhne der Kriegsbeschädigten; Mitarbeit an den offiziellen Fürsorge-Einrichtungen und insbesondere auch an den die Kriegsbeschädigten angehenden Gesetzen. Der Bund ist politisch sowohl als auch religiös neutral und hat unter seinen Mitgliedern Leute aller Berufe und Stände. Der Bund und seine Ortsgruppen bezw. deren Tätigkeit sind keine Kampfansage an die bestehenden Einrichtungen unserer Behörden, sondern eifrige Mitarbeit, Wahrung der Rechte ist sein Ziel! Die Kriegsbeschädigten wollen vollberechtigte Staatsbürger sein, keine Rentenempfänger! — Zum ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe Karlsruhe wählten die zahlreichen Anwesenden Herrn Kaufmann Fr. Etzel, Durlach, Grötzingerstr. 36, zum zweiten Herrn Rev. Geh. E. Huckle, Göthestr. 15 und zum Kassier Herrn Bankb. W. Mayer, Gottesauerstr. 16, beide hier. Die Genannten sind zu weiteren Auskünften gerne bereit und nehmen Anmeldungen entgegen.

* **Schülerzahl der hiesigen höheren Schulen.** Nach einer vom Bürgermeisteramt aufgestellten Statistik werden im Schuljahr 1917/18 besucht (die in Klammern beigesetzten Zahlen geben die Ziffern des vorhergegangenen Schuljahres an): das Gymnasium 516 (560), die Goethe-Schule (Realgymnasium mit Gymnasialabteilung) von 773 (749), die Humboldt-Schule (Realgymnasium) von 469 (431), die Oberrealschule von 569 (528), die Realschule von 484 (447) Schülern, die beiden Höheren Mädchenschulen (einschließlich Fortbildungsklasse, aber ohne die Gymnasialabteilung) von 1375 (1384), die Gymnasialabteilung der Höheren Mädchenschule — Lessing-Schule — von 141 (119) Schülerinnen. Von den beiden Höheren Mädchenschulen besuchen die Lessing-Schule einschließlich Fortbildungsschule, aber ohne Gymnasialabteilung 534 (503), die Fichte-Schule 841 (881) Schülerinnen.

Badischer Kalender 1918. Der Badische Landesverband zur Hebung des Fremdenverkehrs Karlsruhe hat auch für das Jahr 1918 einen „Badischen Kalender" herausgegeben. Es ist dies ein Abreißkalender, der durch seine vornehme Ausstattung und prachtvollen Bilder viel Sehenswertes aus dem badischen Land enthält. Besonders charakteristisch wirkt das von Schwarzwaldmaler C. Liebich Gutsch eigens hergestellte Titelbild. Der Kalender darf als ein Kunstwerk angesprochen werden und ist zum Preis von 2 Mk. in jeder Buchhandlung oder im Kommissionsverlag von Müller u. Gräff-Karlsruhe, erhältlich. Der Kalender wird sicher manchen, der mit einem gediegenen praktischen Geschenk Freude machen will, Veranlassung geben, nach dem „Badischen Kalender" zu greifen.

* **Der Gesangverein Badenia** ladet seine Mitglieder mit Familienangehörigen zu der am morgigen Sonntag stattfindenden Abendunterhaltung im Vereinslokal Brauerei Kammerer" ein. (Siehe Anzeige.)

* **Ein Weihnachtsgaben-„Morgenkonzert"** findet morgen Sonntag, den 21. Oktober zugunsten der Versorgung der badischen Truppen mit Weihnachtsgaben um ½12 Uhr vormittag im Museumssaal statt mit einem künstlerisch gewählten Programm von hervorragend ausübender Künstlerschaft. Es wäre zu wünschen, daß die „Liebesgaben-Spende" für unsere tapferen Brüder reich bedacht werde durch zahlreiche Konzertbesucher. Karten sind zu haben in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert und am Sonntag den 21. ds. Mts. ab 11 Uhr vormittags an der Tageskasse im Museum.

* **An die Angehörigen deutscher Kriegsgefangener in Rußland.** Der Nationale Frauendienst, Auskunftsstelle über Verwundete und Vermißte, Hilfe für kriegsgefangene Deutsche, ersucht uns um die nachstehende Mitteilung: „Alle Angehörigen von Kriegsgefangenen, die in der Zeit vom August 1916 bis Januar 1917 in Lagern, Lazaretten und Arbeitsstellen der russischen Gouvernements oder Gebiete Nischnij Nowgorod, Wladimir, Jaroslawl, Twer, Akmolinsk, Sjemipalinsk, Tomsk, untergebracht waren, werden hiermit ersucht, ihre Adressen zur Entgegennahme einer Benachrichtigung bis zum 20. Oktober in der Geschäftsstelle des Nationalen Frauendienstes, Auskunftsstelle über Verwundete und Vermißte, Hilfe für kriegsgefangene Deutsche, Karlsruhe, Kronenstraße 24, Sprechzeit von 9—12 Uhr und 3—6 Uhr bekannt zu geben.

* **Hunde an die Front.** Man schreibt uns: Es eignen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Airedal-Terrier und Rottweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell und gesund sind und mindestens 40 Zentimeter Schulterhöhe haben. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Aufs Beste werden die Diensthunde gepflegt und gefüttert. Die Hunde werden — von Fachdresseuren ausgebildet — im Erlebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die Hunde durch starkes Trommelfeuer die Meldungen aus vorderster Linie in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist durch Abnahme des Meldeganges durch die Meldehunde das Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind durch die Hunde rechtzeitig an die betreffende Befehlsstelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer von für den Kriegsdienst geeigneten Hunden, welche sich nicht entschließen können, ihr Tier der Armee und dem Vaterlande zu leihen! An alle Besitzer der vorgenannten Hunderassen ergeht daher die dringende Bitte, Stellt Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes! Wer zögert! Anmeldungen nimt entgegen die Kriegs-Hunde-Schule Armee-Abteilung A, Deutsche Feldpost 128. Die gemeldeten Hunde werden durch Mannschaften der Kriegs-Hundeschule abgeholt.

Neues vom Tage.

Die Entmündigung des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen.

WB. **Berlin**, 17. Okt. In dem Prozeß des Prinzen Friedrich Leopold Sohn wurde heute die vorläufige Entscheidung verkündet. Die Gerichtshof verkündete zunächst ein Teilurteil und dann ein Zwischenurteil. Die Klage, soweit sie sich gegen den König von Preußen bezw. seinen Vertreter richtet, wurde abgewiesen. Zweitens wurde die gegen die Rechtsgültigkeit der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 19. Juni 1917 und des abgewiesenen Verfahrens erhobenen Einwendungen als unbegründet verworfen. Sodann wurde betreffs der materiellen Begründung der Entmündigung Beweiserhebung beschlossen. Es soll über die Behauptung des Klägers betreffend seine Anschauungen über den Wert der angeschafften Sachen bezw. ihre Veräußerungsmöglichkeit eine Reihe von Zeugen und Sachverständigen vernommen werden.

Letzte Nachrichten.

Die neuesten Versenkungen.

Berlin, 19. Okt. (WTB. Amtlich.) 1) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Rohrbeck, hat am 2. Oktober nördlich von Irland den englischen Panzerkreuzer „Drake" (14 300 Tonnen Wasserverdrängung) durch Torpedoschuß versenkt.

2) Weiterhin wurden durch unsere U-Boote im Atlantischen Ozean neuerdings

16 000 Bruttoregistertonnen

Handelsschiffsraum versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befand sich der bewaffnete englische Dampfer „Drake" (2267 BRT.) sowie der englische Dampfer „Heron" mit einer Kohlenladung, ferner die französische Dreimasterbark „Neuilly" mit 3800 Tonnen Getreide von Melbourne nach Bordeaux sowie die französischen Fischkutter „Union republicaine", „Deux Jeannes", „Liberté", „Peuples" und „Frères", von denen die drei letzten bewaffnet waren. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Tumultuarische Sitzung der französischen Kammer.

Bern, 19. Oktober. Lyoner Blätter melden aus Paris: Die gestrige Kammersitzung verlief sehr unruhig. Dechanel machte Mitteilung von der Interpellation Ribeyres über die allgemeine Politik der Regierung. Chaumet erklärte namens der Regierung, die Erörterung der Interpellation könne erst am Freitag stattfinden, wogegen zahlreiche Deputierte lebhaften Einspruch erhoben. Unter allgemeiner Bewegung setzte sodann Ribot das heutige Datum für die Erörterung fest. Bei den Ausführungen des Marineministers kam es zu Zwischenfällen. Die ganze Kammer lärmte, sodaß Chaumet sich nicht verständlich machen konnte. Er erklärte, er beleidige doch den Patriotismus nicht, wenn er feststelle, daß der Krieg andauere. Der Kriegsminister könne der Kammersitzung nicht beiwohnen. (Rufe linkt und auf der äußersten Linken: Die Regierung wolle sich aber der Debatte nicht entziehen!) Unter außergewöhnlicher Aufregung, besonders bei den radikalen Sozialisten und den Sozialisten wurde sodann die Abstimmung vorgenommen. Nachdem die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt war, begann die Erörterung über verschiedene Gesetzesanträge. Ein Gesetz, das die Beschränkung der Kapitalzinsen auf 5 Prozent aufhebt, wurde angenommen, ferner ein Antrag, der Elsaß-Lothringern gestattet, ihre Namen zu französieren.

Maßnahmen zur Räumung Petersburgs.

Petersburg, 19. Okt. (Reuter.) Angesichts der neuen Lage ergreift die Regierung Maßnahmen zur baldigen Räumung der Hauptstadt.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 21 des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die Ausbildung des Lehrlings. Von Adolf Domnick. — Was uns Karl Marx gelehrt hat. (Schluß.) — Als ich meinen ersten Vortrag halten wollte. Von A. Quist. — Trüber Tag. Gedicht von Ludwig Lessen. — Rund um den Feldberg. Von Curt Biging. (Mit Abbildungen). — Wandernde Jugend. Gedicht von Curt Biging. — Was ungefähr eine Oper ist. Von Johannes Kreisler jun. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage.

Briefkasten der Redaktion.

W. Sch. Br. N. Die hiesige Ober-Postdirektion hat die Prüfung der Angelegenheit angeordnet und wird von dem Ergebnis Mitteilung machen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Grossherz. Hoftheater.

Spielplan.

Samstag, 20. Okt.: C. 11. „Das Kätchen von Heilbronn". 7—10 Uhr. (4 ℳ 70 ₰)

Sonntag, 21. Okt. im Hoftheater. B. 11. ½ 7 Uhr: „Der Freischütz". ½7—¾10 Uhr. (4 ℳ 50 ₰).
Im Konzerthaus, 7 Uhr. 4. Sonder-Vorst. Zum erstenmal: „Moral". 7—½10 Uhr. (1—3 ℳ).

Montag, 22. Okt.: A 10. „König Heinrich V." 7 bis geg. ¼11 Uhr. (4 ℳ).

Dienstag, 23. Okt. C. 12. „Der Troubadour". 7—10 Uhr. (4 ℳ).

Donnerstag, 25. Okt. B. 12. „Der Pasquale". ½8—¾10 Uhr. (4 ℳ 50 ₰).

Freitag, 26. Okt. IX. Sond.-Vorst. Erstes Gastspiel von Ellen Petz. „Die letzte Maske". — Charaktertänze. Dazwischen: „Die schöne Galathea".
7—10 Uhr. (4 ℳ 70 ₰). Vorverkauf für die Platzmieter Samstag, den 20. Okt., nachmittags 3 bis ½5 Uhr. B. C. A.; allgemeiner Vorverkauf von Montag, den 22., vormittags 10 Uhr an.

Samstag, 27. Okt. X. Sond.-Vorst. (2. mit Platzmiete für Schüler): „Die Jungfrau von Orleans". 6—½10 Uhr. (3 ℳ). Den Schülern wird auch beim Besuch dieser Einzelvorstellung eine besondere Eintrittsvergünstigung gewährt.

Sonntag, 28. Okt. im Hoftheater. C. 13. „Margarete". ½7 bis ½10 Uhr. (4 ℳ 50 ₰).
Im Konzerthaus: 5. Sonder-Vorst. „Moral", 7—½10 Uhr. (1—3 ℳ).

Mittwoch, 31. Okt. 11. Sonder-Vorst. Zweites und letztes Gastspiel von Ellen Petz (wie am 26.).

Im Theater in Baden-Baden.

Donnerstag, 25. Okt. 5. Sonder-Vorst. Zum erstenmal „Moral", Komödie in 4 Akten von Ludwig Thoma. ½7—9 Uhr.

Montag, 29. Okt., im Konzerthaus. 1. Sondervorstellung. Einmaliges Gastspiel von Ellen Petz. Zum erstenmal: „Die letzte Maske", Mimodrama von Wilh. Mauke. — Charaktertänze. Dazwischen: „Die schöne Galathea", Operette von Offenbach. ½7—½10 Uhr. 1365

Bekanntmachung.

Handwagen zur Beförderung von Massengütern.

Von Samstag, den 20. ds. Mts. an stehen der Einwohnerschaft städtische **Handwagen** zur Beförderung von Massengütern (Kartoffeln, Obst, Kohlen, Brennholz zur Verfügung.

Ein Teil der Handwagen ist so gebaut, daß der Laderaum durch **6 Transportkästen** gebildet wird, mittelst deren das Ladegut von der Beladestelle aus, ohne daß ein nochmaliges Umladen in Säcke oder Körbe nötigfällt, unmittelbar in die Keller befördert werden kann. Die übrigen Handwagen sind mit aufgebauten ungeteilten Wagenkästen versehen. Die Ladefähigkeit beträgt 3—4 Zentner. Vorläufig stehen nur Wagen der ersteren Art zur Verfügung.

Die Wagen werden vorläufig **nur mit Bedienung** (Schülerhilfskräfte) abgegeben.

Für die Benützung des Wagens samt Bedienung innerhalb des Stadtgebiets **(die Vororte ausgenommen)** ist eine **Fahrgebühr von 75 Pfg. für die Stunde** zu bezahlen.

Anmeldungen zur Benutzung der Handwagen sind mündlich (teleph. Fernsprechnummer 5350) oder schriftlich an die **Verwaltungsdirektion des Gaswerks, Kaiserallee 11,** zu richten.

Die Fahrgebühr ist vor der Fahrt bei der Zahlstelle (Gaswerk Kaiserallee 11) zu entrichten.

Karlsruhe, den 19. Oktober 1917. 1367

Das Bürgermeisteramt.

Frachtbriefe in sauberer Ausführung liefert Buchdruckerei „Volksfreund".

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, in der Restauration **„Anerhahn"**, Schützenstraße

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

Berichterstattung über den Parteitag.

Referent: Genosse **Kolb.**

Vierteljahresabrechnung.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder höfl. ein. 1368

Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Karlsruhe.

Achtung! Kollegen Achtung!

Am Samstag den 20. Oktober, abends punkt 8 Uhr, findet im Lokal **„Zur Kronenhalle"**, unsere

Mitgliederversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. **Inneres;**
2. **Abrechnung vom 3. Quartal;**
3. **Kartellbericht;**
4. **Verschiedenes.**

Gauleiter Kollege **Schmitt-Mannheim** hat sein Erscheinen zugesagt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht 1359

Die Ortsverwaltung.

LUXEUM

Moderne Lichtspiele. Kaiserstrasse 168.

Von Samstag bis mit Dienstag

Alleiniges Erstaufführungsrecht für Karlsruhe

Die Kinder des Ghetto

Schauspiel in 3 Akten aus dem jüdischen Volksleben von **Danny Kaden.**

Hedda Vernon

in dem Lustspiel

Madame Flederwisch

Wiener Kunstfilm in 3 Akten.

Wie man auf den Hund kommt

Lustspiel in 2 Akten. 1370

Auskunftei Bürge!

300 Geschäftsstellen

Garantiedepot Mark 300 000.

Einzel- und Abonnements-Auskünfte für jedermann 500

Friedrichsplatz 2. Tel. 455

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat **März 1917** unter Nr. **2645** bis mit Nr. **4113** ausgestellten bezw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens **7. Novbr. 1917** auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 1108

Karlsruhe, 20. Oktober 1917.

Städt. Pfandleihkasse.

Bettnässen

Befreiung sofort, Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. „Sanis-Versand" München 209, Landwehrstr. 44. 1290

Karl May's gesammelte Werke gegen bequeme monatl. Ratenzahlungen **H. Sonntag,** Kommissionsgesch. **Karl Friedr.-Str. 19.** 856

I. Hauptgewinn Mark 15.000

der Bad. Kriegerlotterie ist bestätigt und wird meinem Kunden sofort ausbezahlt, deshalb empfehle Loskauf mit gleichzeitigem Gewinnresultat der **Münchener Kunstbriefe** à **1.10, Bad. Kreuzgeldlose** à **1.—, Bayr. Fliegerlose** und **Ueberlinger** Kirchenbaugeldlose à 3.— und alle anderen genehmigten Arten **Prämien** und **Serienlose** 2c.

Carl Götz

Karlsruhe, Hebelstr. 11/15 beim Rathaus. 1360

Ältere Nähmaschinen

kauft 1327

B. Germdorf, Blumenstr. 12.

Mehrere tüchtige

Sattler

finden Beschäftigung bei

Emanuel Kahn

Karlsruhe i. B. 1362

Herrenstraße 23.

Daniel's Konfektionshaus

Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe.

Von meiner neuen Einkaufsreise zurück, empfehle mein grosses Lager in:

Schwarzen und farbigen Wintermäntel, schwarzen Tuchmäntel für starke Frauen, wasserdichten Rips- und Seidenmäntel, Mantelkleider, Jackenkleider, Röcke, Blusen. 1357

Keine Ladenspesen.

Bauhilfsarbeiter

finden Beschäftigung auf hiesigen Baustellen.

Th. & O. Hessig

Hirschstraße 40. 1365

Colosseum

Täglich abends pünktlich 8 Uhr 1369 **Vorstellung.**

Sonntag, den 21. Oktober **zwei Vorstellungen** nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr.

Museumssaal

Zugunsten der Versorgung der badischen Truppen mit Weihnachtsgaben.

Sonntag, den 21. Oktober 11½ Uhr vormittags — **Kaiser- und Volksdank**

MORGEN-KONZERT

Vortragsfolge:

1. Ave Maria v. Plüddemann. „Dem Vaterlande" v. M. Gräfin z. Pappenheim. 6, 7 oder 8 v. Ign. Pröll. Hofopernsänger **B. Ziegler.**
2. Violinvortrag „Sonate A-dur" von Vivaldi. Prof. **R. Baertich.**
3. Lieder zur Laute (Dialektlieder). Hofschauspielerin **M. Genter.**
4. „Polonaise E-dur" von Fr. Liszt. Fräulein **J. Kunz.**
5. Arie der Jessonda von Spohr. Frau Kammersängerin **B. Lauer-Kottlar.**
6. Violinvortrag „Romanze F-dur" von Ries. „Ungarische Rapsodie" von Hauser. Prof. **R. Baertich.**

Der **Bechstein-Flügel** ist von Hofl. **L. Schweisgut,** hier.

Eintrittskarten ℳ 3.—, 2.— u. 1.— in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert,** Kaiserstrasse 159, Ecke Ritterstr. und am Sonntag Vormittag ab 11 Uhr an der Tageskasse im Museum. 1336

Gute Leipziger

Pelze

in grosser Auswahl. **Extra billig! — Nur Karl-Friedrichstrasse 6 1 Treppe** (Neb. Fa. Spiegel & Wels Nähe Schlossplatz). Keine teure Ladenmiete. 9607.20 K. Schorpp.

Düngerkalk

vorzügliches, billigstes Düngemittel. Empfehle jedem Landwirt, jedem Gartenbesitzer **„Düngerkalk"** als unentbehrlichen **Pflanzennährstoff.** Düngerkalk vertilgt Ungeziefer jeder Art, ist unentbehrlich für den Komposthaufen, für den Hühnerstall, verbessert jeden Garten-, Wiesen- und Ackerboden.

Allerbeste Referenzen, zuverlässige Bedienung bei billigster Berechnung.

Christian Gayer,
Durlach, Mittelstraße 4.

Nach m. Fortschritt-Methode erlernen Sie spielend leicht und schnell

Stenographie
Stolze-Schrey, Gabelsberger, National. 1282

Maschinenschreiben
auf versch. neuzeitliche Systeme,

Buchführung,
dopp., amerik., einf.,

Schön- und Rundschrift.

Bücherrevisor Isermann,
Amalienstr. 13, 1. Stock.

---

1 eintür. Schrank 35 Mk., gebr. kleines Sofa 25 Mk., Chaiselongue 45 Mk., Kleiderständer 10 Mk., eis. Bettstelle 10 Mk., polierte Bettstelle 22 Mk., **3 komplette Betten,** kleine Waschtische, kleine Zimmertische u. 1 Nähmaschine, 1 Nachtstuhl sehr billig. 1354 **Krämer,** An- u. Verk., **Kaiserstraße 69,** Ecke Waldhornstraße.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

PELZE

Plüsch-Garnituren
in großer Auswahl 886
— Keine Ladenspesen. —

Neues Konzerthaus.

Donnerstag, den 25. Oktober 1917, abends **8** Uhr,

Arien- u. Lieder-Abend
Hermann

Jadlowker

unter Mitwirkung von

Bernhard Tabbernal.

Ibachflügel aus dem Lager von **J. Kunz** hier.

Karten zu 5.—, 4.—, 3.—, 2.— und 1.— Mk. bei **Geschw. Moos,** Kaiserstr. 187, von 10—1 und 4—7 Uhr. 1356

Konzert-Direktion **Hugo Kuntz** Nachfolger Kurt Neufeldt.

Residenz-Theater

Waldstrasse

Täglich ununterbrochen Vorstellungen von 3 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends.

Alleiniges Erstaufführungsrecht!

Samstag bis einschl. Dienstag.

Carl de Vogt
als

Ahasver

verfasst von

Robert Reinert
— 4 Akte. 4 —

Harry lernt Radfahren
Lustspiel in 2 Akten mit **Harry Lamberts-Paulsen.**

Alt Hannover
Herrliches Städtebild. 1358

P. T. Palast-Theater P. T.

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Samstag bis Dienstag

Lotte Neumann

in ihrem ersten Film 1917/18.

Der Geigenspieler

Schauspiel in 4 Akten.
Verfasser und Spielleitung **Paul von Woringen.**

Lo Vallis und Fritz Achterberg
in dem ersten Film der

Franz Hofer

Serie 1917/18.

Der falsche Waldemar

Lustspiel in 3 Akten. 1364

Unsere Hauptsammelstelle

Karl-Friedrichstraße 17 gibt wie in den vergangenen Jahren

Weihnachtsschachteln

zum Füllen aus. Möge jeder dazu beitragen, daß wir jedem unserer Feldgrauen einen Weihnachtsgruß senden können.

Allen Gebern sagen wir im Voraus im Namen unserer Feldgrauen herzlichen Dank.

Bad. Landesverein vom Roten Kreuz
Depotabteilung. 1366

Badischer Kunst-Verein
Waldstrasse 3.

Nachlass-Ausstellung

des Professor **Gustav Schönleber.**

Besuchstunden von 11—1 und 2—4 Uhr täglich.
Für Nichtmitglieder Eintritt 50 Pfg.
Die Mitgliedskarten sind beim Eintritt vorzuzeigen.
Schluss der Ausstellung: **9. November 1917.**

Der Vorstand.
I. A.: Engelhard 1239

Liefert Gold ab

Goldankaufsstelle Karlsruhe
Stefanienstraße 28 862
Geöffnet Montag und Mittwoch zur Annahme und Auszahlung von 10—½1 Uhr.
Goldankaufsnebenstellen:
Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen.

Wir suchen:

1 Glaser
1 Schlosser
1 Wagner.

Näheres
Baugeschäft W. Stober
Rüppurrerstr. 13. 1190

Aushilfskellnerinnen Spülfrauen u. Küchenmädchen.

Städt. Arbeitsamt 790
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstraße 100. Telephon 949.

Zuverlässiger

Nachtwächter

zum baldigen Antritt gesucht. Kriegsinvaliden mit leichten Armschäden können Berücksichtigung finden. 134

Gesellschaft Sinner
Karlsruhe-Grünwinkel.